

Fragen

**für die Fragestunde der 156. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 16. Februar 2005**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Bahr, Daniel (Münster) (FDP)	66, 67	Lamp, Helmut (CDU/CSU)	32, 33
Dr. Bergner, Christoph (CDU/CSU)	49, 50	Dr. Löttsch, Gesine (fraktionslos)	10, 70
Burgbacher, Ernst (FDP)	64, 65	Dr. Luther, Michael (CDU/CSU)	36
Connemann, Gitta (CDU/CSU)	6, 7	Michelbach, Hans (CDU/CSU)	37, 38
Eppelmann, Rainer (CDU/CSU)	14, 15	Niebel, Dirk (FDP)	41
Feibel, Albrecht (CDU/CSU)	44	Nitzsche, Henry (CDU/CSU)	68, 69
Fromme, Jochen-Konrad (CDU/CSU)	4, 5	Nolte, Claudia (CDU/CSU)	16, 17
Dr. Gehb, Jürgen (CDU/CSU)	39, 40	Nolting, Günther Friedrich (FDP)	2, 3
Goldmann, Hans-Michael (FDP)	59, 60	Nooke, Günter (CDU/CSU)	1, 35
Hedrich, Klaus-Jürgen (CDU/CSU)	18, 19	Pau, Petra (fraktionslos)	34, 48
Heiderich, Helmut (CDU/CSU)	57, 58	Dr. Rose, Klaus (CDU/CSU)	25, 26
Hinsken, Ernst (CDU/CSU)	45	Dr. Ruck, Christian (CDU/CSU)	20, 21
Hofbauer, Klaus (CDU/CSU)	51, 52	Rupprecht, Albert (Weiden) (CDU/CSU) ...	46, 47
Dr. Jahr, Peter (CDU/CSU)	55, 56	Dr. Schröder, Ole (CDU/CSU)	53, 54
Dr. Jüttner, Egon (CDU/CSU)	11, 12	Schummer, Uwe (CDU/CSU)	27
von Klaeden, Eckart (CDU/CSU)	30, 31	Singhammer, Johannes (CDU/CSU)	24
Köhler, Kristina (Wiesbaden) (CDU/CSU) ..	42, 43	Storjohann, Gero (CDU/CSU)	61
Kolbe, Manfred (CDU/CSU)	62, 63	Vaatz, Arnold (CDU/CSU)	22, 23
Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	28, 29	Weiß, Peter (Emmendingen) (CDU/CSU)	8, 9
Kretschmer, Michael (CDU/CSU)	13		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes .	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	4
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	15

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

1. Abgeordneter
Günter Nooke
(CDU/CSU) Wird Bundeskanzler Gerhard Schröder nach dem Vorbild seiner bundespolitischen Intervention sechs Tage vor den sächsischen Landtagswahlen am 19. September 2004 („Schröder warnt vor ‚braunem Sumpf‘“ – Handelsblatt vom 13. September 2004), wiederum wenige Tage vor der anstehenden Landtagswahl in Schleswig-Holstein in vergleichbarer Weise auf bundespolitischer Bühne presseöffentlich das Wort ergreifen?*)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

2. Abgeordneter
Günther Friedrich Nolting
(FDP) Will die Bundesregierung nach wie vor an der Beschaffung von MEADS (Medium Extended Air Defense System) festhalten, und wenn ja, wann ist mit der Beschaffungsvorlage zu rechnen?
3. Abgeordneter
Günther Friedrich Nolting
(FDP) Beabsichtigt die Bundesregierung auch weiterhin an der militärischen Nutzung des Bundeswehr-Übungsplatzes Wittstock in der Kyritz-Ruppiner-Heide festzuhalten, und wenn ja, warum?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

4. Abgeordneter
Jochen-Konrad Fromme
(CDU/CSU) Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, dass im Zusammenhang mit dem Betrieb des Endlagers für Radioaktive Abfälle Morsleben (ERAM) eine Strafanzeige gegen das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU), das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) und dessen Präsidenten erstattet wurde?

*) Siehe hierzu auch Frage 35.

5. Abgeordneter
Jochen-Konrad Fromme
(CDU/CSU)
- Wenn ja, welche Vorwürfe werden dort erhoben, und wie positioniert sich die Bundesregierung dazu?
6. Abgeordnete
Gitta Connemann
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, dass die im Anhang der EG-Richtlinie 94/62/EG über Verpackungen und Verpackungsabfälle vom 11. Februar 2004 aufgeführten Beispiele für Kriterien, nach denen eine Einstufung als Verpackung erfolgt, einen nicht bindenden Charakter haben, so dass die Aufnahme von Blumentöpfen als Verpackungsmaterial in die Verordnung nicht zwingend erforderlich wäre, und wie begründet sie ihre Haltung?
7. Abgeordnete
Gitta Connemann
(CDU/CSU)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, dass andere Mitgliedstaaten der EU im Gegensatz zu Deutschland aufgrund dieses nicht bindenden Charakters der Beispiele die Verpackungsrichtlinie unterschiedlich, also ohne Aufnahme von Blumentöpfen als Verpackungsmaterial, umsetzen werden, und wie bewertet sie die daraus entstehende Wettbewerbssituation für den deutschen Gartenbau?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

8. Abgeordneter
Peter Weiß
(**Emmendingen**)
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung den Beschluss des Rates der Außenminister der Europäischen Union vom 31. Januar 2005 über die künftige Politik der Europäischen Union gegenüber Kuba zum Anlass nehmen, Kuba erneut die Aufnahme bilateraler Entwicklungszusammenarbeit anzubieten, und wenn ja, an welche Bedingungen wird die Bundesregierung die Leistungen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit für Kuba knüpfen?
9. Abgeordneter
Peter Weiß
(**Emmendingen**)
(CDU/CSU)
- Soll nach Kenntnis der Bundesregierung die derzeit eingefrorene Entwicklungszusammenarbeit der Europäischen Union mit Kuba wieder aufgenommen werden, und wenn ja, wie verhält sich die Bundesregierung hinsichtlich dieser Frage?

10. Abgeordnete
**Dr. Gesine
Lötzs**
(fraktionslos)

Welche konkreten Vorschläge hat die Bundesregierung in die internationale Diskussion zur Finanzierung des Kampfes gegen die Armut eingebracht, und wie will sie diese Vorschläge international umsetzen?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

11. Abgeordneter
**Dr. Egon
Jüttner**
(CDU/CSU)

Welche strategische Bedeutung hat aus Sicht der Bundesregierung Burundi für die Region der Großen Seen und für Europa?

12. Abgeordneter
**Dr. Egon
Jüttner**
(CDU/CSU)

Sind aus Sicht der Bundesregierung die politischen und ethnischen Konflikte Burundis mit denen Ruandas und der Demokratischen Republik Kongo verknüpft, und wenn ja, welche Notwendigkeiten ergeben sich daraus für die Außen- und Entwicklungspolitik der Bundesregierung?

13. Abgeordneter
**Michael
Kretschmer**
(CDU/CSU)

In welcher Höhe sind die laut Antwort des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt, Jürgen Chrobog, vom 3. Februar 2005, auf meine schriftliche Frage mit der Arbeitsnummer 1/23C bereitgestellten Mittel für das Deutsch-Polnische Jahr 2005/2006 in Höhe von 450 000 Euro seitens des Auswärtigen Amts und die 3 Mio. Euro von der Kulturstiftung des Bundes bereits gebunden, und welche Einzelvorhaben sollen unterstützt werden?

14. Abgeordneter
**Rainer
Eppelmann**
(CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Menschenrechtslage in Kuba im Allgemeinen und den Umgang der kubanischen Regierung mit den 75 im Jahre 2003 verurteilten Dissidenten im Besonderen, nachdem Ende 2004 nur 14 von ihnen frei gelassen wurden, keine weiteren Freilassungen zu erwarten sind und die Situation in den Gefängnissen katastrophal ist?

- | | |
|--|---|
| 15. Abgeordneter
Rainer Eppelmann
(CDU/CSU) | Wie wird sich angesichts der Neuausrichtung der europäischen Kuba-Politik die Bundesregierung bei der Tagung der VN-Menschenrechtskommission im März/April 2005 in Genf, gerade auch im Hinblick auf eine mögliche Resolution zu Kuba, verhalten? |
| 16. Abgeordnete
Claudia Nolte
(CDU/CSU) | Welche Konsequenzen hat die Bundesregierung im Hinblick auf das Votum des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages zu Kuba vom 26. Januar 2005 für die Sitzung des EU-Außenministerrates in Brüssel am 31. Januar 2005 gezogen, und was hat sie diesbezüglich für und während der Sitzung unternommen? |
| 17. Abgeordnete
Claudia Nolte
(CDU/CSU) | Wie hat die Bundesregierung auf dem EU-Außenministerrat am 31. Januar 2005 bei dem Tagesordnungspunkt „Änderung der EU-Kuba-Politik“ und insbesondere bei dem Aspekt, die Einladung von kubanischen Dissidenten zu Nationalfeiertagen von EU-Mitgliedstaaten auszusetzen, konkret abgestimmt bzw. sich bei der informellen Absprache verhalten? |
| 18. Abgeordneter
Klaus-Jürgen Hedrich
(CDU/CSU) | Wie wird die Bundesregierung die Einladungspraxis gegenüber Dissidenten in Kuba in Zukunft handhaben? |
| 19. Abgeordneter
Klaus-Jürgen Hedrich
(CDU/CSU) | Welche konkreten Erwartungen verbindet die Bundesregierung mit der veränderten Praxis? |
| 20. Abgeordneter
Dr. Christian Ruck
(CDU/CSU) | Wie bewertet die Bundesregierung die Äußerung Fidel Castros als Reaktion auf die zeitweilige Aufhebung diplomatischer Sanktionen, dass Kuba die EU nicht brauche? |
| 21. Abgeordneter
Dr. Christian Ruck
(CDU/CSU) | Wie wertet die Bundesregierung die Aussage der amerikanischen Außenministerin Condolezza Rice, die Kuba als eines von sechs Ländern als „Vorposten der Tyrannei“ bezeichnete? |

- | | |
|---|--|
| 22. Abgeordneter
Arnold
Vaatz
(CDU/CSU) | Wie wird nach Kenntnis der Bundesregierung in Zukunft die Einladungspraxis gegenüber kubanischen Dissidenten von der EU und dabei insbesondere in den drei Beitrittsstaaten Tschechien, Polen, Slowakei sowie den Niederlanden gehandhabt? |
| 23. Abgeordneter
Arnold
Vaatz
(CDU/CSU) | Wie beurteilt die Bundesregierung die kritische Einschätzung mehrerer führender Dissidenten (z. B. Vladimiro Roca, Sanchez Santa Cruz) zur Neuausrichtung der europäischen Kubapolitik, und teilt sie die Einschätzung, dass Fidel Castro bestrebt sei, die EU-Mitgliedstaaten zu spalten? |
| 24. Abgeordneter
Johannes
Singhammer
(CDU/CSU) | Hat die Bundesregierung mein Schreiben an das Auswärtige Amt vom 19. Juni 2000, auf das sich Artikel in der „Frankfurter Rundschau“ vom 4. Februar 2005 und im „Münchner Merkur“ vom 5. Februar 2005 beziehen, an die Presse bzw. Medien weitergegeben? |
| 25. Abgeordneter
Dr. Klaus
Rose
(CDU/CSU) | Welchen ehemaligen Botschaftern des Auswärtigen Amts wurde in den zurückliegenden 5 Jahren der ehrenvolle offizielle Nachruf des Auswärtigen Amts versagt? |
| 26. Abgeordneter
Dr. Klaus
Rose
(CDU/CSU) | Nach welchen Kriterien veranlasst das Auswärtige Amt einen offiziellen ehrenvollen Nachruf für verdiente Führungspersonlichkeiten im deutschen diplomatischen Dienst? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

- | | |
|---|--|
| 27. Abgeordneter
Uwe
Schummer
(CDU/CSU) | Wie weit sind die Bestrebungen der Bundesregierung gediehen, entsprechend dem Schengener Abkommen von 1990, ein integrales Digitalfunksystem für hoheitliche Aufgaben zu errichten? |
| 28. Abgeordneter
Hartmut
Koschyk
(CDU/CSU) | Wird die Bundesregierung nach der Einigung der Tarifvertragsparteien, die Wochenarbeitszeit für die Arbeitnehmer des Bundes auf 39 Stunden einheitlich in Ost und West festzulegen, auch die Wochen- |

arbeitszeit der Bundesbeamten entsprechend gestalten, und wenn nein, welche Gründe sprechen dagegen?

29. Abgeordneter
**Hartmut
Koschyk**
(CDU/CSU)

Plant die Bundesregierung angesichts der Tarifeinigung hinsichtlich der Jahressonderzahlungen für die Arbeitnehmer des Bundes eine entsprechende Veränderung des Bundessonderzahlungsgesetzes, und wird sie einen Gesetzentwurf zur weiteren Anpassung der Besoldung in den neuen Ländern an das Westniveau vorlegen?

30. Abgeordneter
**Eckart
von Klaeden**
(CDU/CSU)

Bestehen Geschäftskontakte bzw. geschäftliche Verbindungen bzw. haben Geschäftskontakte bzw. geschäftliche Verbindungen bestanden zwischen der Firma Synthesis und Bundesministerien (siehe Berichterstattung in der Zeitung DIE WELT vom 10. Februar 2005)?

31. Abgeordneter
**Eckart
von Klaeden**
(CDU/CSU)

Wenn ja, wie haben sich die Geschäftskontakte bzw. geschäftlichen Verbindungen gestaltet, und wie viel Geld ist dabei geflossen?

32. Abgeordneter
**Helmut
Lamp**
(CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, solchen Regierungsmitgliedern, die nachweisbar bewusst das von ihnen ausgeübte Regierungsamt zum Nachteil der Bundesrepublik Deutschland missbrauchten, zusätzlich zu politischen und möglicherweise gerichtlichen Konsequenzen auch die ihnen aufgrund der Mitgliedschaft in Regierung und Parlament zustehende Altersentschädigung abzuerkennen?

33. Abgeordneter
**Helmut
Lamp**
(CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, Regelungen zu initiieren, mit dem Ziel, Regierungsmitgliedern, die nachweislich ihre Machtbefugnisse in grober Weise missbraucht haben, alle auf politische Ämter und Mandate bezogenen Altersentschädigungen abzuerkennen oder zumindest einzuschränken?

- | | |
|---|---|
| 34. Abgeordnete
Petra Pau
(fraktionslos) | Wie viele antisemitische Straftaten wurden im vierten Quartal 2004 in der Bundesrepublik Deutschland begangen, und wie viele Opfer dieser Straftaten gab es? |
| 35. Abgeordneter
Günter Nooke
(CDU/CSU) | Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass am 8. Mai gegen „rechtsextremistische Tendenzen“ und nicht gegen „Rechts“ demonstriert werden sollte (vgl. Meldung APD vom 4. Februar 2005), da ansonsten der Eindruck erweckt werden kann, dass in der notwendigen Spannbreite der Volksparteien des demokratischen Spektrums kein Platz für politisch rechts stehende Demokraten unter den so bezeichneten Anständigen sei, mit der Folge, dass die notwendige Integrationskraft in das demokratische Spektrum hinein unterlaufen wird, und wenn nicht, warum?*) |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

- | | |
|--|--|
| 36. Abgeordneter
Dr. Michael Luther
(CDU/CSU) | Welche Auffassung vertritt die Bundesregierung hinsichtlich der Pläne der neuen EU-Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes, die europäischen Beihilferegeln insofern zu ändern, indem ärmere Regionen in reicheren Ländern nicht weiter gefördert werden sollen (FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND vom 26. Januar 2005), und inwiefern wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass die neuen Bundesländer von diesen Plänen nicht überproportional betroffen werden? |
| 37. Abgeordneter
Hans Michelbach
(CDU/CSU) | Gedenkt die Bundesregierung die von Bundeskanzler Gerhard Schröder unterstützte steuerliche Entlastung des Mittelstandes umzusetzen und noch im Frühjahr 2005 eine Gesetzesinitiative zur Reform der Unternehmensbesteuerung in den Deutschen Bundestag einzubringen, und falls ja, wie sehen die Vorschläge der Bundesregierung für die Reform der Unternehmensbesteuerung dann konkret aus? |

*) Siehe hierzu auch Frage 1.

38. Abgeordneter
Hans Michelbach
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung Handlungsbedarf hinsichtlich der Herstellung der weitgehenden Belastungsneutralität des Steuersystems bezüglich der Art der Unternehmensfinanzierung (Gesellschafter-Fremdfinanzierung) und der Herstellung des uneingeschränkten Ausgleichs von Verlusten im Rahmen der Bemessungsgrundlage (Mindestbesteuerung), und falls nein, gibt es Untersuchungen über die Auswirkungen der eingeführten Steueränderungen auf diesem Gebiet auf Investitionen und die Arbeitsplatzsituation bei den Unternehmen?
39. Abgeordneter
Dr. Jürgen Gehb
(CDU/CSU)
- Hat das Bundesministerium der Finanzen (BMF) Druckausfallmuster der nicht verausgabten Wohlfahrtsmarke 2001 mit dem Motiv „Audrey Hepburn“ erhalten, und wenn ja, wie viele?
40. Abgeordneter
Dr. Jürgen Gehb
(CDU/CSU)
- Hat das BMF eine Aufforderung erhalten, Druckausfallmuster der nicht verausgabten Wohlfahrtsmarke 2001 mit dem Motiv „Audrey Hepburn“ zurückzugeben, und wenn ja, von wem?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit

41. Abgeordneter
Dirk Niebel
(FDP)
- Wie viele Widersprüche gibt es bisher gegen Arbeitslosengeld-II-Bescheide, untergliedert nach Arbeitsagenturen (insgesamt), Arbeitsgemeinschaften und Kommunen (insgesamt), und wie vielen von diesen Widersprüchen wurde stattgegeben?
42. Abgeordnete
Kristina Köhler
(Wiesbaden)
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung zu ergreifen angesichts der Tatsache, dass die Optionskommunen einerseits in die Rechte und Pflichten der Bundesagentur für Arbeit (BA) eintreten und Eingliederungsleistungen an behinderte Hilfebedürftige zu erbringen haben (§ 6b Abs. 1, § 16 Abs. 1 Satz 2 Zweites Buch Sozialgesetzbuch – SGB II –), andererseits aber nicht als Rehabilitationsträger aufgeführt sind (§ 6 Neuntes Buch Sozialgesetzbuch – SGB IX –) und daher nicht auf die Mittel der Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabe zurückgreifen dürfen?

- | | |
|---|--|
| 43. Abgeordnete
Kristina
Köhler
(Wiesbaden)
(CDU/CSU) | Welche Erkenntnisse begründen die Festsetzung der Kosten für behinderte Bedürftige zur beruflichen Rehabilitation auf 25 000 Euro pro Fall pro Jahr, und kann die Optionskommune diese Summe einkalkulieren, oder wird dieser Betrag ebenfalls von der Senkung der Fallpauschalen betroffen sein? |
| 44. Abgeordneter
Albrecht
Feibel
(CDU/CSU) | Wie bewertet der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, Wolfgang Clement, die Ergebnisse der dena-Netzstudie zur Höhe der Einspeisevergütung für die erneuerbaren Energien, nach denen im Jahr 2015 die Verbraucher allein für Windkraftstrom eine Einspeisevergütung in Höhe von 5,4 Mrd. Euro zu tragen hätten? |
| 45. Abgeordneter
Ernst
Hinsken
(CDU/CSU) | Trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, dass sich bei vielen Firmen der Strompreis seit 2002, also in nur 2 Jahren, um über 45 Prozent erhöht hat und dadurch deren Wettbewerbsfähigkeit geschmälert wurde, und wenn ja, was beabsichtigt sie dagegen zu tun? |
| 46. Abgeordneter
Albert
Rupprecht
(Weiden)
(CDU/CSU) | Welche neuen Ansprüche auf finanzielle Unterstützung aus Mitteln der BA bestehen seit der Hartz-Reform für erwerbsfähige Studenten während des Studiums und – im Falle anschließender Erwerbslosigkeit – nach dem Studium? |
| 47. Abgeordneter
Albert
Rupprecht
(Weiden)
(CDU/CSU) | Welche jährlichen Kosten für öffentliche Haushalte sind nach alter Rechtslage durch die o. g. Ansprüche von Studenten entstanden, und welche jährlichen Kosten erwartet die Bundesregierung nach der neuen Rechtslage? |
| 48. Abgeordnete
Petra
Pau
(fraktionslos) | Hat die Bundesregierung und der Bundesrat bei Schaffung des Zweiten Buchs Sozialgesetzbuch (SGB II) die Regelung des § 194 Abs. 1 Satz 3 Drittes Buch Sozialgesetzbuch (alte Fassung) nicht in das SGB II übernommen, und wenn ja, aus welchen Gründen? |

49. Abgeordneter
Dr. Christoph Bergner
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Bemühungen der Landesregierung Sachsen-Anhalt, die im Jahre 2001 im Rahmen der Strukturanpassungsmaßnahmen ein Sonderprogramm unter dem Titel „Aktiv zur Rente“ auflegte, um Arbeitslosen über 55 Jahren für fünf Jahre sichere Beschäftigungsmöglichkeiten zu bieten, und welche gesetzgeberischen Maßnahmen leitet sie hieraus ggf. ab?
50. Abgeordneter
Dr. Christoph Bergner
(CDU/CSU)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung auch im Hinblick auf den notwendigen Vertrauensschutz, Maßnahmen des Programms „Aktiv zur Rente“ unter dem durch das 3. Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt veränderten Rechtsrahmen (Wegfall der §§ 272 bis 279 Drittes Buch Sozialgesetzbuch) mit anderen wirkungsähnlichen Instrumenten fortzuführen?
51. Abgeordneter
Klaus Hoffbauer
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, inwieweit eine Förderung von Einkaufszentren nach nationalen und internationalen Förderrichtlinien möglich ist, und hat sie diesbezüglich Kenntnis darüber, ob und in welcher Größenordnung das am Grenzübergang Furth im Wald/Folmava auf tschechischer Seite entstehende Einkaufszentrum von öffentlicher Seite gefördert wird?
52. Abgeordneter
Klaus Hoffbauer
(CDU/CSU)
- Wie viele „Ich-AGs“ wurden nach Kenntnis der Bundesregierung seit Inkrafttreten der entsprechenden Regelungen bis heute gegründet bzw. haben bereits wieder Insolvenz angemeldet?
53. Abgeordneter
Dr. Ole Schröder
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung vor dem Hintergrund einer flächendeckenden angemessenen und ausreichenden Versorgung mit Postdienstleistungen die Pläne der Deutschen Post AG, die vorsehen, dass von den geplanten und teilweise bereits beschlossenen Schließungen von stationären Einrichtungen 9,1 Prozent (das entspricht 3,42 Prozent der Bundesbevölkerung) allein auf Schleswig-Holstein entfallen sollen?

54. Abgeordneter
**Dr. Ole
Schröder**
(CDU/CSU)

Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um die in Frage 54 beschriebene Situation Schleswig-Holsteins im Bereich der Versorgung mit Postdienstleistungen aufgrund der Amtsverwaltungen, nach der die gemeinsam verwalteten Gemeinden rechtlich selbständig sind, zu verbessern?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums
für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft**

55. Abgeordneter
**Dr. Peter
Jahr**
(CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, wie viel Kalkwerken durch Einführung der Grenzwertregelung im Rahmen der neuen Düngemittelverordnung auf Grund ihrer natürlichen Beschaffenheit der Abbau untersagt bzw. stark eingeschränkt würde?

56. Abgeordneter
**Dr. Peter
Jahr**
(CDU/CSU)

Welche Grenzwerte laut Düngemittelverordnung werden in den ostdeutschen Hauptabbaugebieten auf Grund ihres natürlichen Wertegehaltes überschritten?

57. Abgeordneter
**Helmut
Heiderich**
(CDU/CSU)

Seit wann liegen der Bundesregierung für das Anbaujahr 2005 Anträge auf Sortenzulassung für genetisch veränderte Pflanzen vor, und wann wird sie dafür die beantragten uneingeschränkten Sortenzulassungen für den landwirtschaftlichen Anbau in Deutschland durch das Bundessortenamt aussprechen?

58. Abgeordneter
**Helmut
Heiderich**
(CDU/CSU)

Welche Freisetzungsvorhaben mit genetisch veränderten Pflanzen wird die Bundesregierung durch die Ressortforschungseinrichtungen des Bundes in 2005 vornehmen, und mit welcher wissenschaftlichen Zielstellung werden die genetisch veränderten Pflanzen dort im freien Feld angebaut werden?

59. Abgeordneter
**Hans-Michael
Goldmann**
(FDP)

Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Paratuberkuloseinfektion in Wiederkäuerbeständen als eine mögliche Infektionsquelle für die Darmerkrankung Morbus Crohn des Menschen vor?

60. Abgeordneter
**Hans-Michael
Goldmann**
(FDP)

Wie bewertet die Bundesregierung die in diesem Zusammenhang vom Bundesverband praktizierender Tierärzte (bpt) erhobenen Forderungen zur Entwicklung und dem Einsatz geeigneter Diagnostik, um eine Paratuberkuloseinfektion sicher und zeitnah feststellen zu können, die Notwendigkeit eines Erlasses einer bundeseinheitlichen praktikablen Paratuberkulose-Verordnung für Wiederkäuer einschließlich eines Sanierungskonzepts sowie entsprechende Änderungen in den lebensmittelrechtlichen Vorschriften?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung

61. Abgeordneter
**Gero
Storjohann**
(CDU/CSU)

Trifft es zu, dass die Bundesregierung in dem am 1. Januar 2005 in Kraft getretenen „Kinder-Berücksichtigungsgesetz“ einen Beitragszuschlag für die soziale Pflegeversicherung von 0,25 Prozentpunkten für kinderlose Versicherte geregelt hat, ohne hierbei mögliche Gründe für die Kinderlosigkeit von Versicherten, etwa eine hundertprozentige Schwerstbehinderung, zu berücksichtigen, und wenn ja, beabsichtigt die Bundesregierung im Nachhinein diesbezüglich etwaige Ausnahmetatbestände in das „Kinder-Berücksichtigungsgesetz“ aufzunehmen?

62. Abgeordneter
**Manfred
Kolbe**
(CDU/CSU)

Wie hoch stuft die Bundesregierung derzeit den zusätzlichen Bedarf an Ärzten in der ambulanten und stationären Versorgung der Bevölkerung Deutschlands (getrennt nach Bundesländern) ein, und wie hat sich seit dem Jahr 2000 die Zahl der aus Deutschland ausgewanderten bzw. in berufsfremden Tätigkeitsbereichen arbeitenden Ärzte entwickelt?

63. Abgeordneter
**Manfred
Kolbe**
(CDU/CSU)

Wie plant die Bundesregierung vor dem Hintergrund des aktuellen Ärztemangels – insbesondere in den östlichen Bundesländern – dieser Entwicklung entgegenzuwirken?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau- und Wohnungswesen**

64. Abgeordneter
**Ernst
Burgbacher**
(FDP)
- Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um im Rahmen der Vorbereitungen zur Fußballweltmeisterschaft 2006 in Deutschland die Planung der Verkehrsströme durch eine rechtzeitige Einbindung der privaten Omnibusbranche so zu gestalten, dass die An- und Abreise der Zuschauer und der weiteren Gäste und Journalisten problemlos, pünktlich und harmonisch gestaltet werden kann?
65. Abgeordneter
**Ernst
Burgbacher**
(FDP)
- Trifft es zu, dass die bisherige geplante Verkehrskonzeption zu fast 90 Prozent zu Gunsten der Bahn ausgerichtet wurde, so dass die wenigsten Austragungsstätten auf die Bedürfnisse des Busses ausgerichtet sind und insbesondere an vielen Austragungsorten ausreichende Busparkplätze in Stadionnähe sowie separate Buszufahrtsspuren zu den Stadien fehlen?
66. Abgeordneter
**Daniel
Bahr**
(Münster)
(FDP)
- Trifft es zu, dass die Bundesregierung beabsichtigt, im Zuge der Reorganisation der Wasser- und Schifffahrtsverwaltungen die Anzahl der Wasser- und Schifffahrtsdirektionen von sieben auf fünf zu reduzieren?
67. Abgeordneter
**Daniel
Bahr**
(Münster)
(FDP)
- Wenn ja, ist schon eine Entscheidung darüber gefallen, welche fünf der sieben Wasser- und Schifffahrtsdirektionen erhalten bleiben und welche zwei wegfallen werden?
68. Abgeordneter
**Henry
Nitzsche**
(CDU/CSU)
- Was unternimmt die Bundesregierung zur Risikoentlastung bestehender Verbindlichkeiten bei rückbauwilligen Vermietern von Mietwohnungen, die im Zusammenhang mit dem Rückbau von Darlehensverbindlichkeiten wegen rückläufiger Immobilienwerte in den neuen Ländern nicht zur Stellung von Zusatzsicherheiten in der Lage sind, und die nicht unter die Entlastung nach der Altschuldenhilferordnung fallen?

69. Abgeordneter
**Henry
Nitzsche**
(CDU/CSU)

Mit welchen Konzepten gedenkt die Bundesregierung private Vermieter, auf die ein erheblicher Teil des Leerstandes von Mietwohnungen entfällt, stärker in den Stadtumbauprozess zu integrieren, um den Rückbauprozess nicht ausschließlich von der organisierten Wohnungswirtschaft umsetzen zu lassen?

70. Abgeordnete
**Dr. Gesine
Löttsch**
(fraktionslos)

Sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit für eine Erhöhung der Finanzzuweisungen an die Deutsche Bahn AG (DB AG) in Anbetracht der Tatsache, dass die DB AG sich aus personellen und finanziellen Gründen nicht in der Lage sieht, eine Fotoausstellung „Söhne und Töchter der jüdischen Deportierten Frankreichs“, in der in Texten und Bildern das Schicksal von elftausend Kindern, die ab 1942 von Drancy bei Paris über Saarbrücken, Mannheim, Frankfurt und Dresden auf dem Schienennetz der Deutschen Reichsbahn nach Auschwitz deportiert wurden, auf ihren Bahnhöfen zu zeigen (Jüdische Allgemeine 5/05), und wie viel Geld bekam die DB AG 2004 an Steuermitteln zugewiesen?